

## **Pressemitteilung**

13. Januar 2022

## **MEW** drängt auf alternative Kraftstoffe wie E-Fuels

Die Mittelständische Energiewirtschaft Deutschland (MEW e.V.) begrüßt die Schlussfolgerungen aus der Eröffnungsbilanz des Bundeswirtschaftsministers Robert Habeck am 11. Januar 2022 und verbindet damit große Hoffnungen und Erwartungen an die Bereitschaft der neuen Regierung, dem Klimaschutz im Mobilitätssektor einen ordentlichen Schub zu versetzen.

Der Energiemittelstand drängt schon lange auf eine Beschleunigung und vor allem auf Technologieoffenheit. Allein mit der Elektromobilität wird aber der Verkehrssektor nicht klimaneutral werden. Wenn staatliche Anreize und öffentliche Ausgaben (und Einnahmen) sinnvoll in Einklang mit der Erreichung der Klimaziele zu bringen sind, verstehen wir das als Abschaffung der Privilegierung einzelner Technologien wie der Elektromobilität. Es sollten sich die klimafreundlichen Technologien durchsetzen, die nah an den Bedürfnissen der Bürger sind und zudem eine kostengünstige und schnelle Reduzierung der CO2-Emissionen ermöglichen.

In seiner Eröffnungsbilanz vernachlässigt der Wirtschaftsminister einen der wichtigsten Pfeiler der Energiewende: alternative Kraft- und Brennstoffe. "Ankündigungen und Zielsetzungen zur Klimaneutralität des Verkehrs- und Wärmesektors wie bisher reichen nicht", sagt MEW-Vorstandsvorsitzende Dr. Uta Weiß. Der MEW dränge schon lange auf Technologieoffenheit, so Weiß weiter. Es sei jetzt allerhöchste Zeit, gerade im Verkehr und im Wärmesektor alternative flüssige Energieträger konsequent und umfassend mit in die Überlegungen einzubeziehen. "Das ist ein Gebot des Klimaschutzes im Sinne einer schnellen und vor allem pragmatischen CO2-Minderung."

"Das Nachhaltigkeitsdreieck wird aber nur erreicht, wenn sich Klimaschutz wirtschaftlich darstellen lässt", gibt Weiß zu bedenken. Darüber hinaus ist Deutschland nicht geholfen, wenn Klimaschutz die soziale Komponente vernachlässigt und dementsprechend keine Akzeptanz findet. Diese Gefahr besteht bei Strom aus Windkraftanlagen, aber auch im Falle einer Umverteilung von unten nach oben wie aktuell bei der Subventionierung von E-Autos. "Aus Sicht des Energiemittelstands ist nicht der Verbrennungsmotor das Problem, sondern es sind die



fossilen Kraftstoffe, die ihn antreiben. Wie es der Koalitionsvertrag vorsieht, sollte daher auf ein Verbot des Verbrennungsmotors verzichtet werden. Die fossilen Kraftstoffe lassen sich klimaneutral ersetzen durch E-Fuels, Biofuels und weitere alternative Kraftstoffe", sagt Weiß und ergänzt: "Die alternativen Kraftstoffe könnten die Regierung relativ schnell vorantreiben, weil auch private Investoren – und die will der Wirtschaftsminister ja ins Boot holen – bereit stehen, um in Wasserstofffolgeprodukte wie E-Fuels zu investieren."

Investitionen in E-Fuels werden derzeit massiv durch gesetzliche Rahmenbedingungen verhindert oder stark verzögert. Deshalb fordert der MEW, dass die Rahmenbedingungen im Sinne einer Förderung von alternativen treibhausgasneutralen Kraft- und Brennstoffen angepasst beziehungsweise ausgestaltet werden.

FPE Fuel Power Energy e.V.

Bäckerstr. 11-13

21244 Buchholz i.d.N.

Tel +49 (0)41 81 / 216 165

Fax +49 (0)41 81 / 216 58 121

office@fpe-ev.de

www.fpe-ev.de

## Über den Fuel Power Energy e.V.:

Der Fuel Power Energy e.V. ist die unternehmensneutrale Interessenvertretung für das Produkt Rückstandsöl als Energieträger und seine hohe Wirtschaftlichkeit insbesondere für die industrielle Wärmeerzeugung und als Treibstoff für die Schifffahrt. Auf diesem Gebiet sind wir anerkannte Spezialisten, die sich, in verschiedenen Branchen tätig, zu einem Förderkreis zusammengeschlossen haben. Aufgabe des FPE ist die kompetente Beratung beim Einsatz von Schweröl von der Planung über die Genehmigungsverfahren bis zum Betrieb einschließlich der Brennstofflagerung. Unsere Partner im Kommunikationsnetz setzen sich mit viel Kompetenz bei Ministerien und Behörden für das Produkt Rückstandsöl ein.